

# Wohlaner Kreisblatt

Druck und Verlag „Schlesische Dorfzeitung“ G. m. b. H. in Wohlan  
(Dr. phil. Ferdinand Triefel gen. Schulze)

Erscheint nach Bedarf mit der Schlesischen Dorfzeitung, kann aber auch gesondert durch die Post bezogen werden.  
Bezugspreis vierteljährlich 9,00 Mk. — Anzeigenpreis: Die 45 mm breite und 1 mm hohe Anzeigenzeile 1,25 Mk.

Nr. 48 (73)

Wohlan, Sonnabend, den 24. Juni 1922

Jahrgang 87

## Ämtlicher Teil.

### Bekanntmachungen des Landrats.

#### 256. Betrifft Hundesteuer.

Für den gesamten Kreis Neumarkt ist bis zum 11. September d. Js. Hundesteuer angeordnet worden.  
I. 5177.

#### 257. Betrifft Sicherung der Fleischversorgung.

Durch das Gesetz vom 18. April 1922 (RGBl. S. 459/22) ist die Verordnung vom 19. September 1920 (RGBl. S. 1675) über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft in ein Dauergesetz umgewandelt worden. In das neue Gesetz ist inselgedessen auch das Gesetz betreffend die Preisfeststellungen beim Markthandel mit Schlachtvieh vom 8. Februar 1909 (RGBl. S. 269) hineingearbeitet worden. Das Gesetz vom 8. Februar 1909 tritt daher außer Kraft.

Die durch das neue Gesetz herbeigeführten wesentlichen Änderungen bestehen in der Aufhebung des Schlusszinszwanges (außer auf anerkannten Schlachtviehmärkten), des Zwanges zum Handel nach Lebendgewicht (mit der vorbemerkten Einschränkung) und des Buchführungszwanges.

Bestehen bleibt dagegen die Verpflichtung zur Nachschaffung der Genehmigungen zum Vieheinkauf bei dem Herrn Oberpräsidenten für alle Händler, Viehkommissionäre, Schlächter, einschl. Gastwirte und Fleischwarenfabrikanten, sowie für ihren Gewerbebetrieb Vieh unmittelbar beim Viehhalter einzukaufen, sowie die Nachschaffung der Genehmigung zum Kleinhandel mit Fleisch durch den Kommandanten (Landrat).

Bemerkt wird hierzu noch, daß nach § 13 des neuen Gesetzes die Verpflichtung des Kleinhändlers bestehen bleibt, ein Verzeichnis in seinem Verkaufsraum anzubringen, aus dem die Verkaufspreise der verschiedenen Fleischarten und Sorten zu ersehen sind.

Nach III Nr. 18 sind die Verzeichnisse so anzubringen, daß die darin angegebenen Preise sowohl im Verkaufsraum als auch von außen deutlich sichtbar sind.

Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden.

Es wird ferner bemerkt, daß die Strafandrohungen des Gesetzes neben einer Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafen und Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen vom 21. Dezember 1921 (RGBl. S. 1604) Strafen bis zu 100 000 Mark (hunderttausend Mark) vorsehen.

Die nachgeordneten Polizeiverwaltungen, Amtsvorsteher und die Landjäger des Kreises werden angewiesen, auf die Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen zu achten und Uebertretungen unnachlässiglich zur Anzeige zu bringen.

#### 258. Betrifft den Gewerbebetrieb ausländischer juristischer Personen.

Die Ortspolizeibehörden des Kreises ersuche ich hiermit um Bericht bis bestimmt 28. Juni d. Js., ob und gegebenenfalls welche ausländische juristische Personen in ihrem Bezirk vorhanden sind, denen die Erlaubnis zum Gewerbebetrieb in Preußen gemäß § 18 der VO vom 17. 1. 45 in der Fassung des Gesetzes vom 22. 6. 61 (§ 12 der VO vom 21. 6. 69 in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. 7. 1900) erteilt worden ist. Fehlanzeige ist nicht erforderlich, doch ersuche ich um unbedingte Zuhaltung des gestellten Einreichungstermins. I. 4793.

259. Es ist hier in letzter Zeit wiederholt beschwerdeführend zur Sprache gekommen, daß Besitzer ungeförter Hengste und Bullen diese zum Decken fremder Muttertiere benutzen. Demgegenüber weise ich ausdrücklich darauf hin, daß dies gemäß Oberpräsidialverordnung vom 23. 2. 1912 (Amtsbl. S. 94 ff.) und 6. 4. 1912 (Amtsbl. S. 171 ff.) strafbar ist und mit Geldstrafen bis zu 600 M. (S. S. 1922 S. 77) geahndet wird.

Die Ortspolizeibehörden und Landjäger des Kreises sind angewiesen, jeden Fall der Zuwiderhandlung unnachlässiglich zur Anzeige zu bringen.

Die Ortsbehörden des Kreises ersuche ich, Vorstehendes sofort in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

#### 260. Betrifft Verteilung der Schullasten für 1922.

Da die gesetzliche Abänderung des § 9 B.L.G. voraussichtlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, andererseits die Verteilung der Schullasten für 1922 innerhalb der Gesamtschulverbände dringlich ist, bleibt nichts anderes übrig, als die Verteilung im Wege des § 9 Abs. 5 B.L.G. zu beschließen, wobei nach ministerieller Anregung der oben in der beabsichtigten neuen Fassung gewählte Maßstab dem Beschlusse des Kreisausschusses zu Grunde gelegt werden kann.

Gegebenenfalls steht es auch frei, die Grund- und Gebäudesteuer voll zur Anrechnung zu bringen.

Die Gesamtschulverbände ersuche ich, den obigen Ausführungen entsprechende Beschlüsse zu fassen, darin auch zum Ausdruck zu bringen, ob der Schulverband mit der vollen Anrechnung der Grund- und Gebäudesteuer einverstanden ist.

Ich mache darauf aufmerksam, daß mangelnde Zustimmung Beteiligten auf Antrag anderer Beteiligten oder der Schulaufsichtsbehörde durch den Kreisaußschuß ergänzt werden kann.

Die Beschlüsse sind mir demnächst von den Herrn Verbandsvorstehern vorzulegen.  
I. 3564/22.

#### 261. Betrifft Nachreichung der Maß- und Wiegegeräte.

Ich habe Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß zur Nachreichung der Maß- und Wiegegeräte verpflichtet sind:

sämtliche Gewerbetreibende, sowie Landwirte und solche Personen, welche ihre Maß- und Wiegegeräte beim Verkauf oder Einkauf von Waren benutzen, ferner Fabrikbetriebe, in denen zur Ermittlung des Arbeitslohnes Maße und Gewichte angewendet werden.

Die Gemeindevorstände weise ich hiermit nochmals an, sämtliche Vorgenannten in die Eichliste aufzunehmen und durch ortsübliche Bekanntmachungen darauf hinzuwirken, daß jeder zur Nachreichung erscheint.



Die Ortspolizeibehörden sind zur Vornahme strenger Revisionen und unnachsichtlichen Bestrafung der Säumigen angewiesen.

262. **Bf. d. M. d. J. v. 20. 5. 1922 — II S. 376, betr. Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs.**

Nach § 1 Ziff. 1 der Bef., betr. das Verbot der Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs v. 31. 10. 1921 (Deutscher Reichsanz. Nr. 257 v. 2. 11. 1921) bedürfen im Reiseverkehr neue Gegenstände des täglichen Bedarfs, auch wenn sie zum persönlichen Ge- oder Verbrauch oder zur Ausübung des Berufs während der Reise mitgeführt werden, einer Ausfuhrbewilligung. Für Reisende ergibt sich jedoch häufig das Bedürfnis, auch im Inlande gekaufte neue Ausrüstungsstücke in ihrem Reisegepäck mitzuführen. (Wer ausländischen Reisenden Ersatz für solche Stücke ihrer Reiseausrüstung, die während des Aufenthaltes im Inlande unbrauchbar geworden sind oder wegen unvorhergesehenen Bedarfs infolge längeren Aufenthaltes im Inlande, als bei der Einreise beabsichtigt war und dergl.). Dabei ist der Reisende bei Ausfuhr dieser Gegenstände ohne Ausfuhrbewilligung sich häufig nicht bewußt, einem Verbot zuwider zu handeln.

Da die Ausfuhr dieser Gegenstände im Reiseverkehr zur Zeit nicht allgemein freigegeben werden kann, andererseits aber unbillige Härten vermieden werden sollen, hat der Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen die Zollstellen ermächtigt, für neue Gegenstände des täglichen Bedarfs die zum persönlichen Ge- und Verbrauch während der Reise oder zur Ausübung des Berufs während der Reise von Reisenden bei der Ausreise mitgeführt werden, sofern sie von diesen bei dem Grenzzollamt vorschriftsmäßig zur Revision gestellt werden (also kein Versuch der Verheimlichung der Gegenstände, sowie auch kein Versuch der Täuschung über ihren Charakter oder über das Vorhandensein einer Ausfuhrbewilligung erfolgt), die Verbringung der nach der vorgenannten Bekanntmachung zur Ausfuhr dieser Gegenstände erforderlichen Ausfuhrbewilligung auch nach ihrer Stellung zur Revision zuzulassen; den Reisenden soll es unbenommen bleiben, über die Gegenstände im Inlande zu verfügen.

Demzufolge kommt in diesen Fällen eine vorläufige Sicherstellung oder eine Versallerklärung, sowie die Anzeige an die Staatsanwaltschaft zum Zwecke der Einleitung eines Strafverfahrens nicht in Frage, sondern es wird lediglich die Ausfuhr der Gegenstände zu verhindern sein.

Entsprechend dieser an die Zollstellen ergangenen Verfügung ersuche ich, die Polizeistellen, soweit sie sich mit der Bekämpfung des Wuchers und Schmuggels befassen, anzuweisen, in Fällen, in denen ausländische Reisende im Inlande gekaufte neue Gegenstände des täglichen Bedarfs, die sie zum persönlichen Ge- oder Verbrauch während der Reise oder zur Ausübung des Berufs während der Reise mit sich führen, sofern sie sie bei einer Revision vorschriftsmäßig vorzeigen, von einer vorläufigen Sicherstellung oder Beschlagnahme, sowie von einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zum Zwecke der Einleitung eines Strafverfahrens abzuweisen.

Ich weise jedoch hierbei ausdrücklich darauf hin, daß in allen anderen Fällen, d. h. wenn es sich nicht um solche neuen Gegenstände des täglichen Bedarfs handelt, die zum persönlichen Ge- oder Verbrauch des Reisenden während der Reise oder zur Ausübung des Berufs des Reisenden während der Reise dienen, das bisherige Verfahren bestehen bleibt.

263. **Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln. Vom 23. Mai 1922.**

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichsgesetzbl. S. 401) und 18. August 1917 (Reichsgesetzbl. S. 823) wird verordnet:

#### Artikel 1

In der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 (Reichsgesetzbl. S. 581, 674) in der Fassung der Verordnungen vom 29. Juli 1916 und 16. Juli 1917, des § 21 der Verordnung vom 8. Mai 1918, des Artikels IV der Verordnung vom 27. November 1919 und der Verordnung vom 24. November 1921 (Reichsgesetzblatt 1916 S. 861, 1917 S. 626, 1918 S. 395, 1919 S. 1909 und 1921 S. 1370), werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Hinter § 10 werden an Stelle der §§ 11, 12 folgende Vorschriften eingefügt:

#### § 10 a

Der Handel mit Kartoffeln ist vom 1. August 1922 ab nur solchen Personen gestattet, denen eine besondere Er-

laubnis zum Betriebe des Handels mit Kartoffeln erteilt worden ist. Dies gilt auch für Personen, die bereits vor diesem Zeitpunkt die Erlaubnis zum Handel besessen haben. Die Inhaber der besonderen Erlaubnis nach Satz 1 bedürfen zum Handel mit Kartoffeln einer weiteren Erlaubnis nach § 1 nicht.

Die Vorschrift im Abs. 1 findet keine Anwendung auf den Verkauf selbstgewonnener Kartoffeln sowie auf Kleinhandelsbetriebe, in denen Kartoffeln nur unmittelbar an Verbraucher abgegeben werden.

Die Erlaubnis gilt für das Reichsgebiet.

Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn der Antragsteller in bezug auf den Handel mit Kartoffeln nicht als hinreichend fachverständig anzusehen ist oder sonstige Gründe vorliegen, die seine Unzuverlässigkeit in bezug auf die Geschäftsführung annehmen lassen, oder wenn Bedenken volkswirtschaftlicher Art der Erteilung entgegenstehen. Sie kann zurückgenommen werden, wenn sich naträchlich Umstände ergeben, die die Versagung der Erlaubnis rechtfertigen würden.

Die Erlaubnis wird von den gemäß § 6 errichteten Stellen erteilt, soweit die Landeszentralbehörden nicht andere Stellen bestimmen. Vor der Entscheidung sind Sachverständige zu hören, sofern solche nicht bei der Entscheidung mitwirken. Im übrigen finden auf das Verfahren und die Zuständigkeit die Vorschriften in den §§ 5 bis 10 entsprechende Anwendung.

Der Erlaubnisschein muß mit dem Lichtbild des Inhabers versehen sein; er ist beim Ankauf von Kartoffeln beim Erzeuger (§ 11) mitzuführen und auf Verlangen vorzuzeigen.

#### § 11.

Wer in eigener Person beim Erzeuger Kartoffeln zum Wiederverkauf oder zur gewerbsmäßigen Verarbeitung oder für Gemeinden, Gemeindeverbände, Betriebe oder als Auftragsnehmer einer Mehrheit von Verbrauchern ankauft, es im eigenen oder fremden Namen, für eigene oder fremde Rechnung, bedarf vom 1. August 1922 ab einer neu erteilenden Erlaubnis der höheren Verwaltungsbehörde des Bezirkes, in dem der Ankauf erfolgt. Dies gilt auch für Angestellte oder Beauftragte von Personen, die nach § 10 zum Handel mit Kartoffeln befugt sind. Die Inhaber einer Erlaubnis nach § 10 a selbst bedürfen zum Ankauf beim Erzeuger der besonderen Erlaubnis nach Satz 1 nicht.

Die Erlaubnis gilt für den Bezirk der Behörde, die sie erteilt.

Für die Versagung und Zurücknahme der Erlaubnis gelten die Vorschriften im § 10 a Abs. 4 entsprechend. Bei ständigen Angestellten von Inhabern einer Erlaubnis nach § 10 a ist jedoch eine Versagung der Erlaubnis wegen Bedenken volkswirtschaftlicher Art nicht zulässig.

Vor der Entscheidung sind Sachverständige zu hören, sofern solche nicht bei der Entscheidung mitwirken. Gegen die Versagung und Zurücknahme der Erlaubnis ist Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Im übrigen treffen die Landeszentralbehörden die näheren Bestimmungen über das Verfahren.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann Grundsätze für die Erteilung der Erlaubnis aufstellen.

Der Erlaubnisschein muß mit dem Lichtbild des Inhabers versehen sein; er ist beim Ankauf mitzuführen und auf Verlangen vorzuzeigen.

#### § 11 a

Soweit nach § 11 Abs. 1 der Ankauf von Kartoffeln beim Erzeuger nur mit besonderer Erlaubnis zulässig ist, dürfen die Erzeuger Kartoffeln nur verkaufen, wenn die Käufer als Inhaber einer Ankaufserlaubnis nach § 11 Abs. 1 oder einer Handelserlaubnis für Kartoffeln nach § 10 a ausweisen.

#### § 12

Wer es unternimmt, der Vorschrift im § 11 Abs. 1 zuwider ohne Erlaubnis Kartoffeln anzukaufen oder den Vorschriften im § 10 a Abs. 6, § 11 Abs. 6, § 12 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu hunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Verurteilung der Kartoffeln erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie Täter gehören oder nicht.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschrift im § 11 Abs. 1 finden die Vorschriften in §§ 4b, 5 der Verordnung über die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom 30. September 1915 in der Fassung des Artikels der Verordnung über Sondergerichte gegen Schleichhändler und Preistreiber (Wuchergerichte) vom 27. November 1916 (Reichsgesetzbl. S. 1909) Anwendung.

2. Im § 12 a Satz 1 werden die Worte „nach den Vorschriften in §§ 11, 12“ ersetzt durch die Worte „nach



die Vorschriften im § 11 und die Vorschriften des § 12, soweit sie sich auf § 11 beziehen.“

### Artikel 2

Für die Zeit bis zum 1. August 1922 bleiben die Vorschriften in den §§ 11 bis 12a der Verordnung vom 24. Juni 1916 in der bisherigen Fassung in Geltung.

Berlin, den 23. Mai 1922.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Fehr.

Wohlau, den 23. Juni 1922.

Der Landrat.

Mülle.

### Bekanntmachungen des Kreisausschusses.

#### B. betr. Ausgabe der Brotkarten und Säuglingskarten.

Die demnächst fällig werdenden Brotkarten können in der Zeit vom 27. Juni bis 4. Juli d. Js. von hier abgeholt werden.

Die nicht abgeholtten Sendungen werden am 5. Juli den Ortsbehörden auf deren Kosten zugesandt.

Gleichzeitig werden die vom 1. Juli d. Js. ab gültigen Säuglingskarten ausgegeben.

Der Herr Regierungspräsident nimmt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nach § 10 Absatz 2 der Reichs-abgabenordnung vom 13. Dezember 1919 (RGBl. 1919 S. 1993) Personen, die von den Finanzbehörden hinzugezogen werden und für diese tätig sind — also namentlich die Gemeindevorsteher — zur strengsten Geheimhaltung der Verhältnisse der Steuerpflichtigen, die sie dienstlich erfahren haben, verpflichtet sind. Hierzu gehört auch eine derartige Vermehrung aller Steuerbücher u. dergl., daß Unberufene keine Einsicht nehmen können.

Auch den Gemeindevertretern dürfen nur, soweit sie amtlich mit den betreffenden Fragen zu tun haben, Mitteilungen über Steuerverhältnisse gemacht werden.

Der Bauergutsbesitzer Josef Gans in Groß Auster ist als Ortssteuererheber für die Gemeinde Groß Auster bestätigt und vereidigt worden.

### Betrifft die Verteilung der Viehseuchenkosten für das Rechnungsjahr 1921.

Die nach § 8 der Viehseuchenentschädigungsgesetz für die Provinz Schlesien vom 11. April 1912 von dem Provinzialverbande von Schlesien im Rechnungsjahre 1921 vor- schußweise gezahlten Viehseuchenentschädigungen (einschließ- lich der baren Auslagen und Zinsen) betragen:

1. Für Pferde und sonstige Einhufer zusammen 5 477 598,01 Mark,

2. Für Rindviehstücke zusammen 2 479 144,43 Mark.

Der bei der Viehzählung am 1. Dezember 1921 er- mittelte Gesamtviehbestand der Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien stellt sich auf 324 900 Pferde, Esel, Maul- tiere und Maulesel und 1 450 418 Rinder.

Es entfällt daher von den Aufwendungen auf 1 Pferd oder sonstige Einhufer der Betrag von 16,8593 352 Mark,

und auf 1 Rind der Betrag von 1,70 926 204 Mark.

Der Provinzialausschuß hat für das Rechnungsjahr 1921 die Rücklagen für Pferde auf 3,75 % und die Rück- lagen für Rinder auf 16,5 % der Gesamtsumme an Ent- schädigungen und Kosten festgesetzt (§ 6 Abs. 2 der Vieh- seuchenentschädigungsgesetz.)

Die Rücklagen betragen demnach für 1 Pferd oder sonstige Einhufer 0,63 222 507 Mark, und für 1 Rind 0,28 202 823 Mark.

Die Abgabe einschließlich der Rücklage be- trägt somit

für 1 Pferd oder sonstige Einhufer 17,4915 602 Mark, und für 1 Rind 1,99 129 027 Mark,

oder nach oben abgerundet (gemäß Ziffer 5 der Vor- schriften über die Aufnahme der Viehverzeichnisse und das bei Feststellung derselben und der Erhebung der Ab- gaben zu beachtende Verfahren vom 7. Oktober 1912)

für 1 Pferd oder sonstige Einhufer 17,50 Mark, und für 1 Rind 2 Mark.

Die Unterverteilung auf die Viehbesitzer hat nach dem- selben Maßstabe ohne Rücksicht auf die Zu- und Abgänge seit der Zählung zu erfolgen.

Die Magistrate, Guts- und Gemeindevorstände der nachgenannten Bezirke werden ersucht, die angegebenen Be-

träge spätestens bis 20. Juli d. Js. an die Kreiskommunal- kasse abzuführen.

### 1. Gutsbezirke

	Pferde Mk.	Rindvieh Mk.		Pferde Mk.	Rindvieh Mk.
Akfeschronze	665,—	136,—	Seifrodau	472,50	170,—
Alexanderwitz	315,—	150,—	Siegha	157,50	48,—
Arnsdorf	227,50	62,—	Stanschen	315,—	186,—
Auras-Burglehn	577,50	272,—	Sorgau	350,—	128,—
Gr. Auster	367,50	126,—	Striese	140,—	40,—
Al. Auster	280,—	190,—	Gr. Sürchen	402,50	272,—
Al. Baulwie	385,—	164,—	Al. Sürchen	262,50	162,—
Bellawe	192,50	86,—	Thiergarten	665,—	304,—
Bichanz	227,50	234,—	Tscheltisch	175,—	70,—
Büschchen	367,50	182,—	Tscheichen	245,—	124,—
Camin	560,—	352,—	Tschilesen-		
Crantz	315,—	92,—	Brennowitz	857,50	374,—
Cunern	612,50	176,—	Tschepline	210,—	144,—
Dahme	385,—	186,—	Gr. Tschuder	402,50	66,—
Dittersbach	490,—	188,—	Neuorwerf	35,—	4,—
Dahsow	455,—	230,—	Borwinzig	175,—	114,—
Dyhernsurth	367,50	62,—	Wahren	17,50	4,—
Erau	595,—	248,—	Gr. Wangern	367,50	160,—
Fröschen	280,—	114,—	Al. Wangern	280,—	152,—
Fröschenroggen	192,50	98,—	Wanglewe	560,—	132,—
Garben	175,—	54,—	Wischütz-Gr. und		
Gimmel	210,—	118,—	Al. Pantken	752,50	376,—
Glumbowitz	490,—	230,—	Werlingame	385,—	150,—
Gräschine	280,—	106,—	Ober-Altwohlau	210,—	158,—
Grottky	192,50	148,—	Nieder-Altwohlau	455,—	164,—
Hammer	350,—	176,—	Krummwohlau	577,50	228,—
Alt-Neu-Heidau	192,50	46,—	Weslesronze	332,50	216,—
Heidersdorf	87,50	126,—	Wimtau Forst	—,—	2,—
Hengwitz	157,50	80,—			
Heidevorwerk	—,—	6,—			
Heinzenhof	630,—	244,—			
Herrnmotshelnitz	770,—	170,—			
Hünern	525,—	364,—			
Jakobsdorf	262,50	80,—			
Kadlwe	542,50	228,—			
Kaschewen	472,50	192,—			
Kleschwitz	245,—	74,—			
Krehlau	367,50	170,—			
Krischwitz	315,—	190,—			
Al. Kreidel	140,—	86,—			
Kutscherowitz	577,50	188,—			
Lahle	350,—	244,—			
Lahserwitz	612,50	74,—			
Lendischütz	385,—	216,—			
Leubel	402,50	298,—			
Dorf Leubus					
mit Gleinau	507,50	352,—			
Liebenau	210,—	152,—			
Lohwitz	192,50	122,—			
Merzine	455,—	192,—			
Mönchmotshelnitz	297,50	94,—			
Wondschütz	682,50	482,—			
Niesgawe	595,—	216,—			
Oßelwitz	490,—	204,—			
Ostrawe-Blusau	245,—	218,—			
Patuswitz	210,—	80,—			
Pathendorf	—,—	8,—			
Pavelschöwe	402,50	74,—			
Peiskern	245,—	162,—			
Peruschen	315,—	148,—			
Al. Peterwitz	350,—	222,—			
Pirroggen	157,50	110,—			
Piskorsine					
mit Norigawe	560,—	490,—			
Al. Pogul	350,—	268,—			
Ober-Polggen	315,—	176,—			
Nieder-Polggen	595,—	276,—			
Praukau-Rathau	385,—	304,—			
Prosgawe	52,50	10,—			
Quakwitz	175,—	94,—			
Rayschen	245,—	154,—			
Reudchen	70,—	32,—			
Riemberg	472,50	166,—			
Schiffowitz	385,—	152,—			
Schlanowitz	192,50	66,—			
Schlaupp	332,50	134,—			
Schlekwitz	245,—	88,—			
Schmägerle	577,50	78,—			
Al. Schmograu	525,—	184,—			
Schöneiche	157,50	58,—			
Seifersdorf	52,50	18,—			

### 2. Gemeindebezirke.

	Pferde Mk.	Rindvieh Mk.
Auras Stadt	1102,50	746,—
Dyhernsurth	617,50	128,—
Winzig	3027,50	962,—
Wohlau	3325,—	528,—
Akfeschronze	105,—	132,—
Alexanderwitz	122,50	108,—
Althof	140,—	158,—
Arnsdorf	175,—	148,—
Gr. Auster	717,50	372,—
Al. Auster	175,—	136,—
Al. Bauschwitz	577,50	330,—
Bauke	1050,—	744,—
Bellawe	105,—	38,—
Beschine	1242,50	526,—
Bichanz	262,50	212,—
Büschchen	472,50	302,—
Gr. Baulwie	805,—	376,—
Al. Baulwie	542,50	258,—
Camin		
Grädfronze	297,50	208,—
Crantz	157,50	206,—
Cunern	560,—	280,—
Dahme	122,50	156,—
Dittersbach mit		
Patuswitz	332,50	188,—
Dahjan	315,—	360,—
Domnitz	822,50	330,—
Dombsen	682,50	424,—
Erau	542,50	296,—
Friedrichshain	490,—	156,—
Fröschen	35,—	154,—
Fröschenroggen	87,50	50,—
Garben	385,—	288,—
Gimmel	875,—	436,—
Gleinau	857,50	426,—
Gräschine	280,—	150,—
Grosen	910,—	470,—
Grottky	245,—	182,—
Hammer	87,50	128,—
Alt-Neuheidau	245,—	194,—
Heidersdorf	192,50	182,—
Heidevorwerk	297,50	248,—
Hengwitz	105,—	64,—
Heinzenhof	647,50	354,—
Herrnmotshelnitz	472,50	252,—
Hünern	385,—	364,—
Jakobsdorf	192,50	92,—
Kadlwe	175,—	92,—
Kaschewen	210,—	188,—
Kleschwitz	385,—	184,—



	Pferde Mf.	Rindvieh Mf.		Pferde Mf.	Rindvieh Mf.
Krehlau	1872,50	818,—	Kayschen	315,—	184,—
Krischütz	157,50	128,—	Reichwald	385,—	230,—
Gr. Kreidel	2520,—	1282,—	Reudchen	682,50	368,—
Kl. Kreidel	2135,—	974,—	Riemberg	507,50	240,—
Kutschebornitz	52,50	170,—	Sagitz	892,50	520,—
Lahse	87,50	124,—	Schiltowitz	70,—	102,—
Laherwitz	52,50	72,—	Schlanswitz	192,50	136,—
Leipnitz	752,50	384,—	Schlaupp	280,—	210,—
Lendischütz	157,50	66,—	Schmögeler	157,50	128,—
Leubel	1225,—	688,—	Kl. Schmograu	332,50	228,—
Lohwitz	1615,—	504,—	Gr. Schmograu	2187,50	912,—
St. Leubus	577,50	344,—	Schneiche	717,50	412,—
St. Leubus	1347,50	506,—	Seifersdorf	875,—	410,—
Nebenau-Sorgau	737,50	584,—	Seifrodau	595,—	490,—
Merzine	280,—	186,—	Siegda	192,50	134,—
Mönchmischelnitz	1915,—	470,—	Stanschen	280,—	220,—
Mondschütz	1872,50	916,—	Gr. Strenz	210,—	134,—
Neudorf	1260,—	616,—	Kl. Strenz	140,—	144,—
Nisgawe	262,50	160,—	Strien	700,—	454,—
Norigawe	140,—	106,—	Stuben	2240,—	1074,—
Nörlwitz	87,50	150,—	Striefe	35,—	60,—
Nitrame	227,50	176,—	Gr. Sürchen	192,50	102,—
Gr. Pantken	297,50	156,—	Kl. Sürchen	140,—	108,—
Kl. Pantken	175,—	116,—	Tannwald	560,—	408,—
Patzendorf	630,—	364,—	Thiergarten	1382,50	656,—
Pavelschöwe	35,—	112,—	Tscheschen	175,—	128,—
Peistern	332,50	210,—	Tschilesen	525,—	324,—
Peruschen	245,—	114,—	Gr. Tschuder	157,50	142,—
Kl. Peterwitz	280,—	172,—	Kl. Tschuder	157,50	106,—
Petranowitz	787,50	428,—	Neuvorwerk	35,—	74,—
Plätsorfine	507,50	322,—	Wahren	1085,—	700,—
Plustau	1715,—	746,—	Wangern	560,—	308,—
Gr. Pogul	682,50	342,—	Werlingawe	140,—	86,—
Kl. Pogul	332,50	240,—	Wilhelmsthal	87,50	110,—
Polgen	1015,—	620,—	Wischütz	875,—	584,—
Prautau	455,—	322,—	Altwohlau	717,50	412,—
Prosgawe	245,—	192,—	Krummwohlau	997,50	412,—
Quakwitz	52,50	58,—	W. Hlefronze	70,—	84,—
Rathau	700,—	426,—			

Wohlau, den 23. Juni 1922.

Der Kreisaußschuß.  
Halla, Landrat.

## Bekanntmachungen anderer Behörden.

## Betr. Umsatzsteuerpflicht der umsatzsteuerpflichtigen Betriebe.

Nach § 30 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 haben alle Steuerpflichtigen innerhalb zweier Wochen nach dem Beginn ihrer Tätigkeit hierüber der Steuerstelle Anzeige zu erstatten. In ihr ist anzugeben, ob die im § 15 bezeichneten Gegenstände hergestellt oder die im § 21 bezeichneten Gegenstände umgesetzt oder Leistungen der im § 25 bezeichneten Art ausgeführt werden. Die Anzeige ist innerhalb zweier Wochen zu ergänzen, wenn der Betrieb auf die Herstellung der im § 15 bezeichneten Gegenstände oder auf den Kleinhandel der im § 21 bezeichneten Gegenstände oder auf die im § 25 bezeichneten Leistungen erstreckt wird.

Die Anzeigen und Ergänzungen sind schriftlich oder mündlich beim Finanzamt zu erstatten. Sie haben zu enthalten: Vor- und Zunamen (Firma), Wohnort (Sitz der Leitung) nebst Straße und Hausnummer des Steuerpflichtigen, Art der Tätigkeit des Steuerpflichtigen und die Bezeichnung der Gegenstände, die dem Unternehmen umgesetzt werden nach ihrer handelsüblichen Benennung oder die Art der Leistungen, die es ausführt.

Werden Zugusgegenstände der im § 15 des Ges. bezeichneten Art hergestellt oder solche der im § 21 des Ges. genannten Art im Kleinhandel veräußert, so sind sie in der Anzeige nach der Reihenfolge und den Bezeichnungen der §§ 15, 21 des Ges. aufzuführen.

Bei Unterlassung dieser Anzeigen und Ergänzungen hierzu kommen nach § 377 der Reichsabgabenordnung Ordnungsgeldstrafen von fünf bis zu fünfhundert Mark zur Anwendung.

Wohlau, den 14. Juni 1922.

Das Finanzamt.

H. M.: Weber, Obersteuereinspektor.

## Nichtamtlicher Teil.

\* (Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.) Das Reichsgesetz vom 26. Juni 1921 über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues wird gegenwärtig praktisch durchgeführt, d. h. die Abgabe

wird nach Festsetzung durch die Katasterämter von den Gemeinde- und Gutsvorständen bei den Gebäudeeigentümern eingefordert. Da viele Interessenten, besonders der Mieter, über das Gesetz nicht genügend unterrichtet sein werden, lassen wir hier die wichtigsten Bestimmungen folgen: Nach § 1 des Gesetzes haben die Länder lediglich zur Wohnungsbeschaffung und Siedlung auf Grund und nach Maßgabe dieses Gesetzes eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten solcher Gebäude zu erheben, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind. Die Einkünfte aus der Abgabe sind insbesondere zur Deckung der Ausgaben für Wohnungsbauten bestimmt, die nach dem 1. Oktober 1920 begonnen worden sind. Abgabeschuldner ist der zum Gebrauche des Gebäudes oder Gebäudeteiles Berechtigte, und zwar für die Dauer seiner Berechtigung. Bei Untervermietung oder Unterverpachtung ist der Mieter oder Pächter Abgabeschuldner. Ueberläßt der Mieter als Untervermieter (Unterpächter) mit dem Gebäude oder Gebäudeteile auch den Hausrat oder andere Einrichtungen zum Gebrauche, so ist er der Abgabeschuldner. Bei Wohnungen und Gebäuden, die Arbeitgeber ihren Angestellten und Arbeitern als Teile des vertragsmäßigen Gehalts oder Lohnes zur Benutzung übergeben haben, ist die auf den Angestellten und Arbeiter entfallende Abgabe vom Arbeitgeber zu entrichten. Auf Antrag werden von der Abgabe ganz oder teilweise befreit: Nutzungsberechtigte 1. von Gebäuden oder Gebäudeteilen, die wirtschaftlichen Zwecken gewidmet sind, soweit sie infolge völliger oder teilweiser Einstellung des Betriebes ganz oder teilweise nicht ausgenutzt werden; 2. von Gebäuden oder Wohnungen, deren Nutzung durch bauliche Veränderungen nach dem 1. Juli 1918 so verteuert worden ist, daß sie im Preise der Nutzung einer nach dem 1. Juli 1918 neu gebauten Wohnung gleich oder nahe kommt. Für die gänzliche oder teilweise Befreiung nach Punkt 2 werden die Wohnungen in Betracht kommen, die durch Ein- und Ausbau in vorhandenen Gebäuden geschaffen worden sind und bei denen die Ausbautkosten durch die Wohnungsmiete nicht ausreichend verzinst werden. Der Abgabe wird der jährliche Nutzungswert (Mietwert) der Gebäude oder Gebäudeteile nach dem Stande vom 1. Juli 1914 zugrunde gelegt. In Preußen kann die Abgabe als Zuschlag zur Gebäudesteuer erhoben werden. Diese Abgabe ist nach dem am 1. April in Kraft getretenen Abänderungsgesetz vom 6. März d. Js. von 5 auf 25 Prozent des Nutzungswertes erhöht und kann mit Zustimmung der Regierungspräsidenten bis auf 75 Prozent erhöht werden. Ist ein Gebäude vermietet, so kann der Gebäudeeigentümer von den Mietern die Erstattung der Abgabe nach dem Verhältnisse verlangen, in dem der Nutzungswert der von den Mietern benutzten Räume zu dem Nutzungswert des gesamten Gebäudes steht. Die Verteilung erfolgt durch den Gebäudeeigentümer, der hierbei zweckmäßig die etwa bestehende Mietervertretung zuziehen und den dafür bestehenden Vorstand benutzen wird. Der Gebäudeeigentümer gibt den Mietern vor der erstmaligen Einziehung der Abgabe die von ihm vorgenommene Verteilung bekannt und läßt durch Namensunterschrift die Richtigkeit der Verteilung anerkennen, und zwar an der dafür im Vordruck vorgesehenen Stelle. Erkennen alle Mieter die Verteilung an, so zieht der Gebäudeeigentümer den fälligen Abgabebetrag ein und liefert ihn an die zuständige Stelle ab. Verweigert ein Mieter die Anerkennung, so unterläßt der Gebäudeeigentümer vorläufig die Einziehung und übergibt die Verteilungsliste dem Katasteramt mit dem Antrage auf Stundung und Feststellung der Verteilung. Dem Antrage sind die zur Verteilung der Abgabe nötigen Unterlagen (Friedensmietverträge, Entscheidungen des Mieteinigungsamtes und dergl.) beizufügen. Am Schlusse der Verteilungsliste hat der Gebäudeeigentümer alsdann pflichtgemäß zu versichern, daß die Verteilung allen Mietern bekannt gemacht worden ist. Gegen die Verteilung ist binnen einem Monat nach Bekanntwerden der Verteilung des Katasteramts von den Beteiligten Beschwerde beim Regierungspräsidenten zulässig. Durch die Beschwerde wird die Zahlungsverpflichtung nicht aufgehoben. Verweigert ein Mieter die Zahlung des auf ihn entfallenden Abgabetrages, so werden die noch nicht gezahlten Beträge von dem Mieter im Zwangsverfahren beigetrieben.

## Achtung, Postabonnenten!

Bestellung auf die „Schlesische Dorfzeitung“  
erneuern!